

Eintreten GFK - Budget 2021/FPL 2022-24

Die glp Fraktion dankt dem Regierungsrat und den Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung für die umfassende Berichterstattung zum Budget 2021 und der Finanzplanung 22-24. Die glp bedankt sich bei der Regierung, dass für das kommende Budget auf die veränderte Situation auch reagiert worden ist. So wird betont, dass das Wachstum der Aufwände so klein wie noch nie in den letzten zwei Jahrzehnten war. Dem gegenüber stehen neu jedoch prognostizierte Steuermindererträge der juristischen Personen, wie auch Steuerausfälle bei den natürlichen Personen gegenüber. Beides COVID- Ertragsausfalleffekte von geschätzt 34 Mio. Insgesamt resultiert ein Aufwandüberschuss von rund 27 Mio. Es gilt dabei an dieser Stelle festzuhalten, dass das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit im Budget bei -96.5 Mio. angegeben wird und nur dank nicht direkt beeinflussbaren Finanzertragsüberschüssen deutlich verbessert, auf ein verkraftbares Ergebnis von -27 Mio kommt.

Wir teilen als glp die regierungsrätliche Antwort, dass dies – COVID-19 geschuldet verkraftbar ist und die notwendigen Finanzertragsüberschüsse stabil erscheinen. Gleichwohl nicht auszurechnen, wenn die NFA Gelder oder der SNB in der Zukunft weniger stark fliessen würden. Solche Szenarien dürften den Regierungsrat sicherlich beschäftigen. Die Finanzplanung hat auch aus diesen Gründen nach der Krise die Ausgaben stark an den Einnahmen auszurichten und nicht umgekehrt.

Das stetige Ausgabenwachstum, in diesem Jahr von 1.6 % - insbesondere im Transferbereich, aber auch von 0.8% im Personalaufwand wird langfristig stärker in den Fokus rücken. Der Sachaufwand nimmt um 0.8% und gemäss Finanzplan auch in der Zukunft stetig ab, was durchaus das Kostenbewusstsein der Verwaltung aufzeigt. Es gilt jedoch aufzupassen, dass nicht Stellschrauben im Kleinen überdreht werden, sondern der Hebel dort angesetzt wird, wo Aufgaben generell übernommen oder neu dazukommen. Hier ist klar die Regierung gefordert, aber auch gleichermassen das Parlament. Es wird immer wieder notwendige neue Aufgaben geben, welche sich aus dem Leben, der sich wandelnden Gesellschaft ergeben. Es wird aber auch immer wieder nicht mehr notwendige Aufgaben geben, welche über Digitalisierungsfortschritte wegfallen, oder Andere ebenso oder kostengünstiger machen können. Hier braucht es den Mut, neue Wege einzuschlagen. Neben neuen Aufgaben soll es vermehrt opportun sein, parallel Vorschläge zu erarbeiten, gewachsene Aufgaben auf Relevanz zu überprüfen, wegzulassen oder einen vermehrten Wechsel in die Wirtschaft zu transferieren, was als positiven Nebeneffekt auch wachsende Steuereinnahmen von juristischen und natürlichen Personen und eine tiefe Staatsquote ermöglicht. Dass wie im Vorjahr, auch in diesem Jahr 40 neue Stellen dazu kommen, darf nicht einfach mit neuen Aufgaben erklärt werden. Als glp wollen wir gerne Hand bieten zu Vorschlägen, welche die Chancen eines Opting Out von Gesetzen und Aufgaben – wie auch eines Opting hin zur Aufgabenverlagerung in die Wirtschaft bringen. Es ist uns bewusst, dass die Aufgaben einen gesetzlichen Hintergrund haben. Es ist jedoch in den Gesetzen nicht zwingend geschrieben, mit wievielen Personen und ob dies auch outgesourced werden kann.

Wir danken an dieser Stelle der Regierung, in der jetzigen Situation auf jegliche Lohnerhöhungen zu verzichten, da schlicht nicht opportun. Die Regierung hat damit kurzfristig auf den erwarteten Ertragsausfall auf das Budget 21 hin reagiert, das Ausgabenwachstum eingebremst. Ein solcher Schritt war notwendig und naheliegend. Er entspricht der Erwartungshaltung der glp. Der Bevölkerung, dem Gewerbe und vielen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen in der freien Wirtschaft wäre eine Lohnerhöhung schwer vermittelbar gewesen. Wir bedanken uns bei der Regierung für den Entscheid und beim Personal, der Verwaltung für das Verständnis.

Fazit: Als glp sind wir einverstanden mit dem Budgetentwurf 2021 und erachten das Defizit von -27,1 Mio in der Erfolgsrechnung als genehmigungsfähig. Dies auch vor dem Hintergrund von 6 Jahren langer positiver Entwicklung der Erfolgsrechnung.

Wir möchten seitens glp jedoch bereits jetzt darauf hinweisen, dass wir den langfristigen Finanzplan noch stark als Working Progress Papier ansehen. Wir sehen falls die Wirtschaft sich nicht gut und rasch erholt mit Sorge auf die Finanzdaten und sehen hier die Hauptaufgabe in den kommenden Monaten und Jahren.

Insbesondere die Ausgabenseite ist je nach wirtschaftlicher Entwicklung und den ausserordentlichen Finanzerträgen dringlich. Es ist keine einfache, aber wichtige und sorgfältig anzugehende Aufgabe für die Regierung, wie auch für das Parlament. Als Working Paper sehen wir den Finanzplan, da im Gegensatz zum im Budget 2021 gezeigter Ausgabendisziplin von keinen Lohnerhöhungen diese noch nicht im Finanzplan für die kommenden Jahre seinen Einfluss gefunden hat. Ein Automatismus in den kommenden Jahren einfach Lohnerhöhungen nachzuholen, ohne dass sich parallel die Wirtschaft im gleichen Masse erholt ist zu überdenken und zu hinterfragen. Diese Entwicklungen müssen zwingend aus Sicht der glp gekoppelt werden, so dass rasch wieder ein Haushaltsgleichgewicht erreicht wird. Der Finanzplan bildet dies nicht ab. Im Gegenteil. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt, der Personal- und Sachaufwand nimmt - nicht angepasst an die Erträge - wieder stark zu und wächst bis zum Jahre 2024 um 4.5%. Dies bei nach wie vor sehr unsicherer Einnahmeseite, was letztlich ein strukturelles Problem mit sich bringt, was wir seitens glp Fraktion nicht gutheissen können.

Unsere Erwartungshaltung ist, dass die Regierung sich vertiefte Gedanken macht, wie und wo Impulse in die Wirtschaft und damit auch Steuererträge zurück in die Staatskassen fliessen können. Gleichzeitig, welche Aufgaben digitalisiert oder verlagert oder gar belassen werden können.

Wir sind überzeugt, dass es dem Thurgau gelingt die Stabilisierung des Gesamtbudgets noch in dieser Legislaturperiode wieder zu erreichen. Wir sehen als glp Fraktion dabei nicht einfach die Deckung über mehr Steuermehreinnahmen für den Staat, sondern eine Ausgabenbremse mit entsprechenden Überprüfungen. Wie die Regierung selber schreibt, hat dies oberste Priorität.

Wir hoffen als glp, dass ein weiteres Ausgabenwachstum nur seitens der Regierung ausgelöst wird, wenn sich die Wirtschaft auch erholt. Die Prognoseunsicherheit insbesondere was die Erträge betrifft sind sehr hoch. Einfach darauf zu hoffen, dass ausserordentliche Erträge oder neue zusätzliche Steuererträge das Ausgabenwachstum decken wäre ebenso falsch, wie über Jahre das Nettovermögen zu verzehren.

Das geforderte Haushaltsgleichgewicht kann mit der vorgelegten Finanzplanung nicht erreicht werden. Wir wünschen uns, dass die Regierung das Ausgabenwachstum nicht als gegeben hinnimmt. Dabei kann auch die Wirtschaft über mehr Aufträge und übertragene Aufgaben mithelfen und so das Haushaltsgleichgewicht erreicht werden. Gleichzeitig wünschen wir uns seitens glp, dass neben der Wirtschaft auch die Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden oder Volksschulgemeinden jeweils so gelöst werden, dass es ebenso vermehrt unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten ideal gelöst wird.

Allgemeines

- Wir danken und begrüßen es ausdrücklich, dass
 - keine generellen wie individuellen Lohnerhöhungen durchgeführt werden. Wir bedanken uns auch bei der Verwaltung, dem Personal für das Verständnis.
 - der Steuerfuss bei 117% gleich bleibt. Änderungen in beide Richtungen sind derzeit nicht opportun.
 - Die Verwaltung ein intaktes Kostenbewusstsein an den Tag legt. Dafür spricht der erneut geringere Sachaufwand von 0.8%.
 - Die Regierung rasch Massnahmen von sich aus auf die COVID Situation bereits ins Budget 2021 fliessen lassen hat.
- Wir möchten bedenken, dass
 - trotz dem ausdrücklich anerkannten getätigten Effort des kleinsten Ausgabenwachstums der letzten 20 Jahre – wir nach wie vor steigende Ausgabenpositionen haben und bei hohen, nicht vorausgesehenen Positionsposten (bspw Transferaufwand im Schulbeitragsgesetz) mit den entsprechenden Partnern gemeinsam nach Lösungen gesucht wird, notfalls Neuverhandlungen mit Bedacht werden sollen.
 - Erneutes Stellenwachstum: Das Parlament hat zwar ein Stellenwachstum für neue Tätigkeiten (bspw. bei der Polizei) bewilligt, jedoch auch die Erwartungshaltung mitgegeben, dass dafür an anderen Bereichen auch ein Stellenabbau durchaus mit ins Auge gefasst werden kann. Dies ist nicht erfolgt. Es müsste bei der Grösse der Verwaltung und vor dem Hintergrund sinkender Steuereinnahmen möglich sein, dass ein Nullwachstum möglich ist. Budgetiert sind aber 40 neue Stellen. Im Bereich der Lehrstellen begrüßen wir ausdrücklich das Engagement der Regierung und Verwaltung, dass hier wieder vermehrte Lehrstellen angeboten werden. Mehr Fragen haben wir bei Stellenzunahmen an anderen Orten. Besonders auffallend
 - Das Stellenwachstum im Bildungszentrum Arenenberg mit fast 10 zusätzlichen Stellen (+10 für 21) ist auffallend, das Veterinäramt mit über zwei Jahre 7 Stellen mehr (+3 für 21) ebenso.
 - Der Vergleich budgetierte Stellen und Thurgauer Bevölkerung nicht mehr bei unter 10 als Richtwert liegen darf, sondern ein neues ambitioniertes Richtziel angestrebt werden soll, dass auch Entwicklungen der smarten Verwaltung und der zur Verfügung stehenden Technik berücksichtigt.
 - Die Anzahl budgetierter Stellen bleibt knapp unter 10 bei 9.8 budgetierte Stellen pro Einwohner. Die glp sieht mit zunehmender Digitalisierung hier die Regierung in der Pflicht, das Richtziel neu nicht mehr bei unter 10 sondern zu überprüfen, wie man hier eher Richtung 9 kommt.
 - Allfällige Abstimmungen auch bei gebundenen Ausgaben sind im Zusammenspiel Bund – Kanton – Gemeinde und der Wirtschaft opportun und wo möglich uns sinnvoll zu diskutieren und aufzugleisen. Je nach Entwicklung der Wirtschaft bis Juli 21 sind mögliche Haushaltsgleichgewichtsüberlegungen, welche im letzten Paket verworfen worden sind, wieder auf deren Notwendigkeit zu überprüfen.
- Die Erwartungshaltung der glp ist, dass auch in den kommenden drei Jahren bei Entscheiden des jährlichen Gesamtlohnsumme für Besoldungsanpassungen

- die allgemeine Wirtschaftslage, die wohl etwas zu hoch angesetzte Teuerungsprognose, wie auch die Lohnentwicklung in der Wirtschaft für das Haushaltsgleichgewichtsziel stark mitberücksichtigt werden. In unsicheren Zeiten sind Stellen in der Verwaltung ein hohes Gut, dass im Gegensatz zur Privatwirtschaft durchaus einen Wert hat, diesen behalten soll, jedoch nicht zusätzlich mit Lohnerhöhungen analog oder sogar überproportional wie in der Wirtschaft abgegolten werden muss.
- Das Nettovermögen von 500 Mio erlaubt im Budget 2021 einen Aufwandüberschuss von -27 Mio.
 - Für den Staatshaushalt ist dies verkraftbar. Gleichwohl soll das Nettovermögen nicht (lange) für strukturelle Defizite erhalten, sondern als Reserven eingesetzt werden, für strategische Investitionen.
- Höhere Nettoinvestitionen im Budget und Finanzplan erachten wir als positiv, auch für die kommenden Jahre
 - Hier bitten wir die Regierung ausdrücklich mutig zu sein. Eine entsprechende Botschaft vor ein paar Monaten ob man nicht einen Investitionsfonds aus dem nicht gebrauchten Covid Krediten machen sollte, wurde als jeweils zu spät greifend im Konjunkturzyklus angesehen. Das beisst sich ein wenig mit den Aussagen, dass die Investitionen bewusst, was wir auch begrüßen hier antizyklisch hoch belassen werden. Da die Banken bereits eingebunden wären, hätte man hier ein rasches Investitionsgefäß, welches die Absicht der Regierung fördert.
- Im Finanzplan wird mit einem negativen Selbstfinanzierungsgrad gerechnet. Dies sollte nicht über mehr wie zwei drei Jahre andauern.
- Auffallend im Finanzplan ist, dass die Teuerung in den kommenden Jahren moderat ansteigt auf 1%. Dies steht eher im leichten Widerspruch zu Bankenprognosen, basierend auf den Zinssätzen. Die Teuerung dürfte nach Bankenbetrachtung weiterhin tiefer liegen. Entsprechend wohl auch das Nominale Bruttoinlandprodukt, was bei Betrachtung des Stabilisierungsziels zu beachten sein wird.

Spezielle Bemerkungen:

- Der COVID Nachtragskredit von 50 Mio hatte verschiedene Untergefässe. Wie wurden diese Mittel gebraucht und wann erfährt das Parlament wie die Mittel verwendet worden sind?
- Dokumentaion Digitale Verwaltung: Die glp begrüsst die eingeschlagene Strategie. Wir erwarten hier langfristig direkte wie indirekte Wirkungen und entsprechend nach Einführung positive Effekte auf die Ausgaben.
- Die Liegenschaftsgeschäfte heisst die glp gut.
- Die Bemerkungen sind alle Vorbehaltlich der noch folgenden vertieften Budgetdebatte in der Fraktion

Im Namen der glp Fraktion, der Fraktionsstellvertreter Reto Ammann, 23.9.2020